



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Tripartite Agglomerationskonferenz TAK
c/o Konferenz der Kantonsregierungen
Amtshausgasse 3
Postfach 444
3000 Bern 7

Ort, Datum
Ansprechpartner

Bern, 22. April 2008
Martin Bienlein

Direktwahl
E-Mail

031 335 11 35
martin.bienleini@hplus.ch

Vernehmlassungsantwort zum Bericht „Möglichkeiten und Grenzen kantonaler Agglomerationspolitik“

Sehr geehrter Herr Mermoud, sehr geehrter Herr Braun
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für das Schreiben vom 7. Februar 2008, mit dem Sie uns zu einer Stellungnahme zum Bericht „Der Weg zu einer ganzheitlichen Agglomerationspolitik. Möglichkeiten und Grenzen kantonaler Agglomerationspolitik“ einladen. Als Spitzenverband aller Spitäler, Kliniken und Institutionen der Langzeitpflege nehmen wir die Gelegenheit gerne wahr, dazu Stellung zu nehmen.

Bevor wir Ihnen die Fragen im Einzelnen beantworten, möchten wir festhalten, dass H+ sich für die freie Spitalwahl in der ganzen Schweiz einsetzt und einen Spitalbinnenmarkt befürwortet. Dieser Markt kennt einheitliche Regelungen über den Marktzugang (z.B. Auflagen zum Gesundheitsschutz) und ordnungspolitische Regeln (z.B. Leistungs-/Preisstrukturen, um Transparenz herzustellen).

Wir erwarten durch die neuen Mechanismen in der Spitalfinanzierung (Fallpauschalen) mehr Koordination der Leistungen, ein Fortschreiten der Konzentration, eine vermehrte Spezialisierung und stufengerechte Angebote der Spitäler. D.h., die Grundversorgung wird auch in Zukunft in Zentren und Peripherie erbracht, spezialisierte Leistungen in Zentren/ Agglomerationen und hochspezialisierte Leistungen nur noch in sehr wenigen Grosszentren.

Ein Rückgang der Akutspitäler hat in den 1980er Jahren begonnen und sich seit den 1990er Jahren verstärkt. Dabei wurden viele Spitäler nicht geschlossen, sondern zu Langzeitinstitutionen umgewandelt. Damit bleiben die vorwiegend alten Patientinnen und Patienten oder Bewohnerinnen und Bewohner in Ihrer Region, also nahe ihrer Familien und Bekannten. Die Konzentration der medizinischen Leistungen wird in den nächsten Jahren fortschreiten, zum einen durch die spezialisierte Ausbildung des Personals, zum anderen, weil höhere Fallzahlen zur Qualitätssicherung angestrebt werden. Schon heute liegen die grossen Spitäler in den Agglomerationen: Zürich, Genf, Lausanne, Bern, St. Gallen, Basel, Luzern, Aarau, Winterthur (in absteigender Reihenfolge).

Zu Frage 1: Agglomerationspolitik ist mehr als Verkehrs- und Siedlungsentwicklung

Ja. Die Begründung liegt in der Ausgangslage, wie wir sie oben dargestellt haben.

Zu Frage 2a: Weitere Politikbereiche?

Für H+ gehören die Gesundheitspolitik und vor allem die Spitalpolitik zur Agglomerationspolitik. Besonders wichtig ist hier die Versorgungssicherheit, also gute Zugangsmöglichkeiten für alle Einwohner in der Schweiz. Für die Versorgung bei Wahleingriffen ist der Gesamtmarkt Schweiz kleinräumig genug. Hier kann auch das Angebot in weiter entfernten Agglomerationen in Anspruch genommen werden. Anders sieht es bei Notfällen aus: Hier ist die rasche Erstversorgung entscheidend.

Zu Frage 2b: Welche konkreten Massnahmen?

Der Bund erlässt für den von H+ geforderten Spitalbinnenmarkt die Zugangs- und die Ordnungsregeln.

Die Kantone sind für die Versorgungssicherheit (nicht für die Planung der Gesamtversorgung) zuständig.

Zu Frage 3: Weitere Ansätze einer ganzheitlichen Agglomerationspolitik?

Die Spitäler und Kantone vereinbaren Abkommen über medizinische Leistungen.

Zu Frage 4: Weitere Bemerkungen?

Nein.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Bernhard Wegmüller
Direktor